

Furchtbare Bilder erreichen uns aus der Ukraine. Tausende Menschen sind auf der Flucht. Die Menschen in Deutschland sind zu Recht empört über den russischen Angriff auf das Land. Doch dieser Krieg begann nicht am 24.2.2022, er begann viel früher.

Und er hat jetzt schon Folgen für uns alle: Wirtschaftliche Folgen in Form höherer Preise für Lebensmittel, Gas, Öl und Benzin, durch Abbau tausender Arbeitsplätze in Folge des Russland-Boykotts.

Der Konflikt kann auch – im Rahmen der NATO – zu einem Krieg Deutschlands mit Russland führen. Das darf niemals geschehen. Eine tragbare

Lösung gibt es nur bei Verständigung mit Russland durch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik.

Uns wird das Bild einer heldenhaften Ukraine und eines verbrecherischen russischen Regimes vermittelt. Diese Schwarz-Weiß-Bilder müssen wir fallen lassen, wenn wir den Konflikt verstehen und lösen wollen. Lesen Sie Näheres im Innenteil.

Informationen, die den Blickwinkel erweitern, finden Sie z. B. hier:

<https://friedensratschlag.de>

(Rubrik Aktuelle Beiträge)

www.nachdenkseiten.de

<https://besserewelt.info/Ukraine>

Fortsetzung von voriger Seite

wird künftig ein Finanzkollaps ganzer Staaten befürchtet. Zudem wird die globale Lebensmittelversorgung massiv leiden, Ukraine und Russland sind bedeutende Getreideexporteure, große Agrarstaaten sind auf Düngemittel aus Russland angewiesen. Für uns bedeutet das eine weitere Teuerung, Millionen Menschen im Süden aber drohen Hungersnöte.

Auch um diese wirtschaftlichen Folgen abmildern zu können, ist ein sofortiges Ende der Sanktionsspirale notwendig und jedes weitere Anheizen des Ukraine-Konflikts zu vermeiden.
Hanauer Friedensplattform

Der hessische Ostermarsch-Auftakt am Karfreitag 2022 in Bruchköbel wird veranstaltet von:

- DGB Südosthessen,
- Hanauer Friedensplattform,
- VVN-BdA Main-Kinzig,
- DIDF Hanau, DIDF-Jugend Hanau,
- Internationaler Jugendverein Hanau,
- pax-christi-Basisgruppe Gelnhäusen und
- Naturfreunde Hanau-Rodenbach.

Während der Ostermarsch-Kundgebung auf dem Freien Platz werden SammlerInnen der Friedensplattform um Spenden zur Deckung der Organisationskosten bitten.

Diese Einladung zum Ostermarsch 2022 ist eine Veröffentlichung der

Hanauer Friedensplattform

– unterstützt von den neben genannten Mitveranstaltern. Die Friedensplattform trifft sich jeden 1. und 3. Montag im Monat bei DIDF in Hanau oder coronabedingt zu Telefonkonferenzen. Näheres:

E-Mail: info@friedensplattform.de

Homepage: www.friedensplattform.de

Facebook-Gruppe: **Friedensplattform Hanau**

ViSdP: **Erich Ehmes, Auwanneweg 30, 63457 Hanau**

Bundesweite Info-Suchmaschine: Bundesausschuss Friedensratschlag: www.friedensratschlag.de

Ostermarsch 2022 für Frieden und Abrüstung Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bruchköbel, Karfreitag, 15. April 2022

14.00 Uhr Kundgebung auf dem Freien Platz

ca. 15.00 Uhr Ostermarsch durch Bruchköbel

anschließend Friedensfest an der Dicken Eiche (abhängig von der Corona-Lage)

Reden: **Andrej Hunko** (MdB Die Linke, Mitglied der PV des Europarats)

Tobias Huth (DGB Südosthessen)

N. N. (DIDF-Jugend Hanau)

Musik: **Reinhard Frankl** (attac Aschaffenburg)

**Die Waffen nieder – in der Ukraine und überall!
Stoppt das 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm!**



Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Seite zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Ostermarsch Frankfurt/Offenbach, Ostermontag, 18. April 2022

9.50 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (am Gleis 1)

10.01 Uhr Abfahrt mit S9 ab Hanau Hauptbahnhof nach Offenbach

11.30 Uhr Abmarsch von Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

Ukraine-Krieg: Schnellstmögliche Einstellung aller Kampfhandlungen!

Sofort ernsthafte Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen!

Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine und Rückzug des russischen Militärs!

Seit dem für viele überraschenden Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 und den folgenden drastischen Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Moskau wachsen international die Befürchtungen, dass ein zunächst regionaler Konflikt sich zu einem globalen hybriden Krieg – einer Kombination aus ökonomischen und militärischen Aggressionen – ausweiten kann. Daher sind alle Forderungen, den Krieg mit substanzieller Ausweitung der Waffenlieferungen zu verschärfen und zu verlängern, strikt abzulehnen. Die USA und viele europäische NATO-Länder haben ihre militärische Unterstützung der Kiewer Regierung in den ersten Kriegswochen sowieso schon so stark gesteigert, dass prominente Völkerrechtler wie Prof. Norman Paech dies als Kriegsbeteiligung werten.

Ein Ende der russischen Invasion kann nur erzielt werden, wenn die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation in einer verfassungs- und völkerrechtlich garantierter Form berücksichtigt werden. Dies bedeutet zuerst den eindeutigen Verzicht Kiews auf den von allen Regierungen seit dem Maidan-Putsch von 2014 angestrebten NATO-Beitritt der Ukraine. Eine staatliche Neutralität, zum Beispiel nach dem Muster Österreichs oder Finnlands, wäre wohl mit Russlands Sicherheitsbedürfnis vereinbar. Erste Signale der ukrainischen Führung in diese Richtung dürfen daher als Zeichen der Hoffnung betrachtet werden.

Auf welche Kompromisse sich Moskau dann bei seinen weiteren Forderungen nach „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine einlässt, dürfte von der Qualität eines Neutralitäts-Angebots abhängen.

Das zentrale Problem des Ukraine-Konflikts liegt in den diametral widersprechenden geopolitischen Interessen, die einerseits Russland und andererseits die USA haben. Russland benötigt staatliche Sicherheit, um sich ökonomisch zu einem vollwertigen Industrieland entwickeln zu können. Die USA hingegen wollen ihre globale Dominanz absichern, die sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erringen konnten. Dazu folgen sie bis heute dem neokonservativen Manifest von 1992, das als Wolfowitz-Doktrin bekannt geworden ist. Darin wird gefordert, dass es das erste Ziel der US-Politik sein müsse, „das Wiederauftauchen eines Rivalen zu verhindern, entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo“. Auf dieser Grundlage wurde eine RAND-Studie erstellt, die aufzeigen sollte, wie man Russland

„überdehnen“ und „brechen“ kann. Als ein Werkzeug für diesen geopolitischen Coup wurde eine militarisierte und strikt antirussisch ausgerichtete Ukraine erachtet, die schließlich, nach einigen Fehlschlägen, mit dem von den USA orchestrierten und wesentlich finanzierten Maidan-Putsch von 2014 errichtet werden konnte. Dass dazu auch neonazistische Kampfverbände aufgerüstet werden mussten, ist für die US-Politik allenfalls ein Schönheitsfehler.

Die hiesige Empörung über die russische Invasion wird von der Bundesregierung und anderen Institutionen für eine beispiellose Militarisierung Deutschlands genutzt. Per Kanzlererklärung hat der sozialdemokratische Regierungschef Scholz am 27. Februar ein Sondervermögen „Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro angekündigt sowie die Erhöhung des Militäretats auf mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (die eingeplanten 50 Milliarden sollen bis 2026 aus dem Sondervermögen auf jährlich 70 Milliarden aufgestockt werden). Dies wird keineswegs die einzige Zusatzbelastung sein, die der Ukraine-Konflikt für Bundesbürger mit sich bringt. Das US-Erdölembargo gegen Russland hat zu einem Preissprung beim Rohöl geführt, der Ersatz von russischem Erdgas durch Flüssiggas ist kurzfristig nicht realisierbar und wird später zu noch stärkeren Preissteigerungen führen. Die Schwäche des Euro verteuert Rohstoff- und Energieträger-Importe zusätzlich und führt zur Flucht in den Dollar. Ärmere Länder im globalen Süden werden jedoch viel härter getroffen, dort

Fortsetzung auf der Rückseite

Die Hauptforderungen der Hanauer Friedensplattform

stimmen mit zentralen Anliegen vieler Ostermarsch-Bündnisse und Friedensgruppen überein:

- Ächtung und Abrüstung aller Atomwaffen! Abzug der US-Atombomben aus Büchel (Eifel) statt ihrer Modernisierung. Verzicht auf die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands. Sofortiger Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, der seit 22. Januar 2021 völkerrechtlich verbindlich ist.
- Keine neuen Atombomber für die deutsche Luftwaffe!
- Sofortige Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen für die Ukraine!
- Keine Waffenlieferungen in die Ukraine! Sie verzögern nur Friedensverhandlungen.
- Stopp aller Aufrüstungsprogramme. Kein 100-Milliarden-Sonderfonds für die Bundeswehr!
- Rücknahme der Entscheidung, über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fürs Militär auszugeben.
- Den Ausbau Deutschlands als „militärlogistische Drehscheibe“ in Richtung Russland stoppen.
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr!
- Keine bewaffneten Kampfdrohnen für die Bundeswehr.
- Stopp und Verbot aller Rüstungsexporte und Lizenzproduktionen im Ausland.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.
- Die deutsche Beihilfe zu globalen US-Drohnenmorden über die Air Base Ramstein beenden.
- Kein Ausbau der EU zur Militärunion!
- Stattdessen: Rückkehr zu Verhandlungen über eine neue europäische Friedensordnung im Rahmen der OSZE unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten.
- Deutschland raus aus der NATO!
- Internationale Solidarität, sichere Häfen für Geflüchtete und Beseitigung der Fluchtursachen.